

Wirtschafts spiegel

Informationen für
IHK Nord Westfalen

4|2019

K 5060

1. April 2019



KANTINE STATT MENSA

AUSSTEIGER
GESUCHT

ZUKUNFTSWERKSTATT
Das FabLab nutzen 36

SONNTAGSÖFFNUNG
Konsens suchen 54

Industriepolitik im Gesamtinteresse

Die Industriestärke Deutschlands ist ein zentraler Grund, warum das Land vor rund zehn Jahren so schnell und vergleichsweise ungeschoren aus der Finanzkrise herausgekommen ist. Verständlich also, wenn Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier den Motor der Wirtschaft mit einer „Nationalen Industriestrategie 2030“ unterstützen will im Wettbewerb gegen zunehmend unfaire oder monopolähnliche Konkurrenz aus dem Ausland. Strategisch wichtige Industriebereiche sollen geschützt und innovative Technologien zukünftig stärker gefördert werden. Etwa die Automobilindustrie.

Eine solche Industriepolitik ist sicher gut gemeint. Sie birgt aber Risiken, weil sie ökonomische Zusammenhänge und bisherige Erfahrungen außer Acht lässt. Denn der Staat weiß keinesfalls besser als Unternehmerinnen und Unternehmer, welche Technologie oder welches Produkt sich am Markt durchsetzt. Der Schutz bestimmter Technologien führt nur dazu, dass sich diese weniger intensiv im Wettbewerb behaupten müssen. Letztendlich verschwinden sie doch vom Markt und werden im besten Fall in einem Millionengrab beerdigt. Zurück bleibt ein Innovationsrückstand, der selten wieder aufzuholen ist. Hinzu kommt die Gefahr, dass nur große, politisch einflussreiche Unternehmen oder Branchen von einer solchen Industriepolitik profitieren. Dabei ist es wie in Nord-Westfalen vor allem der Mittelstand, der die Industrielandschaft prägt und als Wertschöpfer und Treiber von Innovationen das Fundament für gesamtwirtschaftliches Wachstum legt.



Lars Baumgürtel

Foto: Maik Grundmann

Um es kurz zu machen: Der Staat sollte lieber seine vielfältigen Möglichkeiten nutzen und die Standortfaktoren verbessern, von denen alle Unternehmen profitieren. Dazu gehören eine leistungsfähige digitale Infrastruktur, bezahlbare und sichere Energieversorgung, ein ausreichendes Angebot an nutzbaren Flächen, ein wettbewerbsfähiges Steuersystem, die öffentliche Förderung von Forschung und Innovationen sowie die Akzeptanz der Industrie vor Ort.

Das ist Industriepolitik im Gesamtinteresse der Wirtschaft. Und genau dafür setzen wir uns ein – im jetzt anlaufenden Beteiligungsverfahren zur Nationalen Industriestrategie, im Gespräch mit den Bundestagsabgeordneten vor Ort wie auch mit unserer Akzeptanzoffensive für die regionale Industrie.



Lars Baumgürtel
IHK-Vizepräsident und Vorsitzender des Industrieausschusses